Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6322**

17. Wahlperiode 29. 06. 2011

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 29. Juni 2011 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen, zuletzt Resolution 1935 (2010) vom 30. Juli 2010 mit Geltung bis zum 31. Juli 2011, zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 15. November 2012.
2. Es können bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Der Einsatz wird im Übrigen fortgesetzt ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 7. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6941), dem der Deutsche Bundestag am 15. November 2007 zugestimmt hat, sowie der Verlängerungsbeschlüsse der Bundesregierung, denen der Deutsche Bundestag jeweils zugestimmt hat, zuletzt am 17. Juni 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1901).
3. Der Deutsche Bundestag nimmt die Zusicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, den Deutschen Bundestag erneut zu befassen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Mandat in einer Weise ändert, die für Einsatzrahmen und Aufgaben der eingesetzten deutschen Kräfte von Bedeutung ist.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an UNAMID mit einem Einsatz von bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten werden für weitere 15 Monate (bis zum 15. November 2012) rund 490 000 Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2011 rund 160 000 Euro und auf das Haushaltsjahr 2012 rund 330 000 Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts 2011 und im Eckwert für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 Vorsorge getroffen.

Begründung

Die Lage in Darfur bleibt angespannt. Immer wieder aufflammende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine hohe Bedrohung durch bewaffnete Banditen belasten die ohnehin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur. Eine dauerhafte politische Lösung des Darfur-Konflikts steht weiterhin aus. Die Friedensverhandlungen zu Darfur in Doha sind ergebnislos beendet worden. Die Rebellengruppen Justice and Equality Movement unter dem sich in Tripolis aufhaltenden Führer Khalil Ibrahim und die Sudan Libaration Army unter Abdel Wahid Al Nour und Minni Minawi verweigerten ihre Unterschriften unter ein ausgehandeltes Abkommen, bzw. nahmen an den Verhandlungen trotz erheblicher Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft nicht teil. Unter der Leitung des AU-Vermittlers Thabo Mbeki sollen nun neue Initiativen mit dem Ziel einer Stabilisierung der Lage entwickelt werden.

Die Bundesregierung engagiert sich vor diesem Hintergrund weiterhin für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Darfur-Konflikts. Dies erfolgt in Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern.

Gemäß interfraktionellem Antrag vom 24. März 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1158) haben der Ressortkreis und der Beirat „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ Sudan zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht.

Die Bundesregierung wird ihr ziviles Engagement insgesamt in Sudan fortführen. Dabei sollen der Verbesserung der humanitären Lage in Darfur und der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit zukommen. Die Wiederaufnahme staatlicher Entwicklungszusammenarbeit mit Sudan wäre erst nach einer politischen Lösung des Darfur-Konflikts sowie einer Verbesserung der Menschenrechtslage denkbar.

Das humanitäre Engagement Deutschlands soll insbesondere die Situation der Flüchtlinge und lokalen Bevölkerung in den Konfliktgebieten verbessern. Die Hilfe für die vom Darfur-Konflikt betroffene Bevölkerung in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im benachbarten Tschad zählt nach wie vor zu den Schwerpunkten der humanitären und entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe der Bundesregierung. Weiteres Augenmerk muss und wird auf die besondere Situation im Zusammenhang mit der geplanten Unabhängigkeit Südsudans gerichtet werden.

Die Leistungen der Bundesregierung beliefen sich in ganz Sudan und in Tschad für 2009 bis 2011 auf rund 613 Mio. Euro, einschließlich der Aufwendungen für die Missionen der Vereinten Nationen, der Hilfe in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge in Tschad, aber auch für die Verbesserung der Lebensumstände in Südsudan.

Die Bundesregierung hat auch einen Beitrag zu dem von den Vereinten Nationen verwalteten „Darfur Community Peace and Stability Fund“ geleistet. Die Mittel dieses Fonds werden für lokale Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekte mit dem Ziel eingesetzt, den Friedensprozess zu flankieren.

Auch UNAMID bleibt bis auf Weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 30. Juli 2010 mit Resolution 1935 (2010) das UNAMID-Mandat inhaltlich unverändert bis zum 31. Juli 2011 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung wird gerechnet.

Aufgabe von UNAMID ist es insbesondere, die unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Friedensverhandlungen zu unterstützen. Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ist UNAMID

autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Förderung einer schnellen und effektiven Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens, zur Verhinderung von Störungen seiner Umsetzung und bewaffneten Angriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der sudanesischen Regierung – zum Schutze von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies kann auch die Anwendung von Gewalt einschließen.

UNAMID trägt im Rahmen des Möglichen durch verstärkte Patrouillentätigkeiten und die Präsenz in den Flüchtlingslagern zu einer Verbesserung der humanitären Lage bei. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur ist indes nur dann zu rechnen, wenn eine politische Lösung für den Darfur-Konflikt gefunden wird.

Der Aufwuchs der Mission ging lange Zeit nur langsam voran, inzwischen sind aber von den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für UNAMID autorisierten circa 26 000 Soldaten und Polizisten rund 23 000 im Einsatz.

Die deutsche Beteiligung an UNAMID ist ein wichtiges Zeichen, insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt. Die deutschen Soldaten stellen für die Mission wichtige Fähigkeiten bereit. So ist ein Soldat im Dienstgrad Oberst als Chef des Stabes der Waffenstillstandskommission eingesetzt und unterstützt unmittelbar die Verhandlungen über eine Friedensvereinbarung zwischen der sudanesischen Regierung und den Rebellengruppierungen. Fünf weitere Soldaten sind derzeit im Hauptquartier UNAMID eingesetzt und unterstützen damit unmittelbar die Auftragsdurchführung von UNAMID.

Auf Bitten der Vereinten Nationen und von UNAMID hat zudem die Bundeswehr im August 2010 auf Grundlage des an der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführten „United Nations Staff Officer Course“ im Hauptquartier von UNAMID in El Fasher Stabsoffiziere aus vorwiegend afrikanischen Herkunftsländern für ihre Tätigkeit ausgebildet. Aufgrund des großen Erfolges wurde die Ausbildung für UNAMID im vergangenen Dezember wiederholt, dieses Mal in Zusammenarbeit mit USAFRICOM (United States Africa Command) in der logistischen Basis der Vereinten Nationen in Entebbe/Uganda.

Neben der Beteiligung mit Soldaten verrichten auch deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte ihren Dienst bei der Mission, derzeit sind es fünf. Das Technische Hilfswerk hat seinen Einsatz in Darfur im Sommer 2010 beendet.

Zusätzlich zu den deutschen militärischen und polizeilichen Beiträgen zu UNAMID fördert die Bundesregierung Projekte zur Unterstützung der Arbeit von UNAMID.

So unterstützt die Bundesregierung gezielt afrikanische Staaten, die Polizeikräfte bei UNAMID stellen, um zur Schließung der weiterhin vorhandenen Lücken bei gut ausgerüsteten und ausgebildeten Polizeieinheiten beizutragen und die afrikanischen Fähigkeiten zur Durchführung von Friedensmissionen zu stärken. So hat das Auswärtige Amt beispielsweise eine senegalesische Polizeieinheit für den Einsatz bei UNAMID ausgestattet (Volumen der Leistungen: ca. 4,1 Mio. Euro).

Das Auswärtige Amt setzt auch die Vorbereitung afrikanischer Polizisten für Einsätze bei UNAMID am „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ (KAIPTC) in Accra fort (Volumen 2011: ca. 700 000 Euro). Insgesamt 300 Polizisten aus Ghana, Nigeria, Senegal und Sierra Leone werden 2011 am KAIPTC trainiert. Das Auswärtige Amt unterstützt gezielt die Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten bei der Bekämpfung sexueller Gewalt.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333